

Warum Bilanzfälscher leichtes Spiel haben

Das Thema Bilanzfälschung ist seit dem Wirecard-Skandal aktueller denn je. Viele Fälle bleiben aber hierzulande wohl unentdeckt.

Christopher Gilb

Gerade ist es wieder so weit. Viele Unternehmen erstellen ihre Bilanzen und Erfolgsrechnungen zum zurückliegenden Geschäftsjahr. Die Zahlen in der Bilanz sind wichtig, sind sie doch Entscheidungsgrundlage für Investoren, Banken oder andere Dritte, die sich ein Bild von der wirtschaftlichen Lage einer Unternehmung machen möchten. Doch seit dem Fall Wirecard ist bekannt: Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Ein Viertel der Bilanzsumme des inzwischen insolventen deutschen Finanzkonzerns gab es zur Überraschung vieler bekanntlich gar nicht. Vielleicht ist mit diesem aufsehenerregenden Fall das grosse Interesse am eintägigen Seminar zum Thema Bilanzfälschung an einem Donnerstag im November an der Hochschule Luzern (HSLU) zu erklären. Staatsanwälte sind nach Rotkreuz gekommen, Richter, Treuhänder, Betreibungsbeamte und Bankenvertreter.

Wer eine Bilanz manipuliert, der will das Unternehmen manchmal gar nicht wie Wirecard erfolgreicher darstellen, sondern auch schlechter. Um Steuern zu sparen etwa oder um höhere Subventionen zu erhalten, wie es mutmasslich beim Postautoskandal der Fall war. Jahrelang verschwieg die Post-Tochter Gewinne, um sich so höhere Unterstützungsgelder zu sichern.

Weniger Kontrolle als in Rumänien

Oder das Unternehmen wird anders dargestellt: «Gemäss der Covid-Härtefallverordnung mussten Firmen für den Bezug



Nicht immer drücken die Zahlen in der Bilanz die ganze Wahrheit aus.

Bild: Getty

von Härtefallgeldern den aktuellen Umsatz und jenen der zwei Vorjahre angeben, die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Umsatz der Vorjahre und jenem von 2020 wurde dann für die Berechnung des Anspruchs herangezogen», führt HSLU-Dozentin Susanne Grau aus. Um den Rückgang nun gross genug erscheinen zu lassen, könnte ein Unternehmen geneigt sein, einen Teil des Umsatzes in die ausserordentlichen Positionen umzubuchen, so die ehemalige Leiterin des Dienstes Wirt-

schaftsdelikte bei der Zuger Kriminalpolizei und selbstständige Unternehmensberaterin. Das falle nur jemandem auf, der mit geübtem Blick die Erfolgsrechnung durchschaue. Einem Revisor beispielsweise, wie die Wirtschaftsprüfer von EY, bei denen einiges darauf hindeutet, dass es bei ihren Bilanzprüfungen von Wirecard schwere Versäumnisse gab?

Allerdings haben 81 Prozent der Firmen in der Schweiz überhaupt keine Revisionsstelle, wie der Schwyzer Wirtschaftsprüfer Marc Arnet ausführt. Er will mit

den falschen Erwartungen an seine Branche aufräumen. 17 Prozent der Unternehmen unterliegen einer eingeschränkten Revision, welche eine Prüfung der Jahresrechnung schwerpunktmässig mittels Analyse sowie Befragungen vorsieht, und nur 2 Prozent führen eine ordentliche Revision durch. Diese basiert auf internationalen Standards und sieht entsprechend vor, dass auch das Aufdecken von deliktischen Handlungen Bestandteil des Prüfungsumfanges ist. Damit sind in der

Schweiz deutlich weniger Unternehmen einer umfassenden Revision unterstellt als im restlichen Europa. Weniger als beispielsweise in Deutschland – und in Rumänien. Gerade bürgerliche Politiker hätten in der Schweiz in jüngster Zeit den Kurs verfolgt, die KMU möglichst von administrativen Kosten zu entlasten, und die Revision sei in deren Augen ein Kostenfaktor, so Arnet. «Doch der Begriff KMU umfasst bei weitem eben nicht nur kleine Firmen, sondern auch Unternehmen mit bis zu 40 Millionen Franken Umsatz oder bis zu 250 Mitarbeitenden.»

«Bilanzfälschung» kennt das Gesetz nicht

Besonders bedenklich findet Arnet, dass gerade bei Neugründungen nahezu 100 Prozent der Firmen von der Möglichkeit Gebrauch machen, auf die freiwillige Revision zu verzichten. Dabei könnte gerade für Neuunternehmen eine solche auch unterstützend sein. Das Fehlen einer Revisionsstelle sei denn auch oftmals gleichbedeutend mit dem nahezu vollständigen Wegfall von externen Kontrollen. «Ich betreue Firmen, da hat seit zwölf Jahren keine Mehrwertsteuerkontrolle oder Kontrolle durch andere Steuerbehörden stattgefunden», so Arnet, der kein Blatt vor den Mund nimmt.

Doch wie viele Fälle von Bilanzfälschung gibt es nun in der Schweiz? Dazu gibt es keine gesicherten Daten, denn auch die bekannten Fälle werden nicht als Bilanzfälschung behandelt. Denn: Eine Bilanzfälschung falle in der Schweiz unter die Urkundenfälschung, erklärt Susanne Grau. Das sei in der Lehre auch

schon als Sündenfall bezeichnet worden. «Denn die Urkundenfälschung schafft aus rechtlicher Sicht erst eine Gefahr, sobald die Urkunde eingesetzt wird, beispielsweise in einer Verhandlung mit einer Bank.»

Legale Kosmetik bei den Bergbahnen

Und nicht jede Bilanzmanipulation ist auch eine Bilanzfälschung, sondern manchmal auch eine durchaus legale Bilanzkosmetik, wie Dozent und Rechnungslegungsexperte Marco Passardi am Beispiel der Lenzerheide Bergbahnen AG aufzeigt. Diese hat in einem eher schlechten Jahr bei ihrer Erfolgsrechnung einfach einen selbst gewählten Saldo eingesetzt und somit auch ihren Wunschgewinn erreicht. Was dann auch zu mehreren Millionen tieferen Abschreibungen führte. Nichts verfälscht, nur kosmetisch die Lücken aufgefüllt, völlig legal, so Passardi. Die in der Schweiz erlaubten stillen Reserven würden Hand dazu bieten.

Legale Bilanzkosmetik, wenig Unternehmen, die einer Revisionsstelle unterstellt sind, der fehlende Straftatbestand: Wäre ein Fall Wirecard in der Schweiz also einfacher möglich als im Nachbarland Deutschland? «Ein Fall wie Wirecard kann grundsätzlich überall vorkommen, auch in der Schweiz», sagt Susanne Grau auf Nachfrage. Denn bei Fällen dieser Grössenordnung handle es sich in der Regel um «kollektives menschliches Versagen» bei den «Kontroll-, Führungs- und Aufsichtsorganen», wie es treffend im Expertengutachten zum Postautoskandal festgehalten worden sei.

«Preisreduktionen werden vorgegaukelt»

Von Möbel Pfister über die Post bis hin zu Manor: Der Black Friday hat den Handel fest im Griff. Doch die Kritik am Rabatttag nimmt zu.

Mit dem Black Friday startet morgen die umsatzstärkste Zeit im Detailhandel. Doch die Kritik am Konsumrausch wird immer lauter: «Black Friday ist vor allem ein Hype, der Preisreduktionen auf sehr breiter Front vorgaukelt», sagt Sara Stalder, Geschäftsleiterin der Stiftung für Konsumentenschutz. Es habe den Anschein, dass an diesem Tag alles günstig sei. Es bestünden aber grosse Zweifel, ob die Preise tatsächlich überall tiefer seien. Immer wieder werde mit Black-Friday-Deals eine grosse Preisreduktion nur vorgaukelt: «Zum Beispiel, indem man einige Wochen davor die Preise erhöht», sagt Stalder. Nur, um bei den Konsumentinnen und Konsumenten dann am Black Friday den Anschein zu erwecken, ein Schnäppchen zu machen.

Lohnt sich der Black Friday überhaupt für die Detailhändler? Stalder sagt, dass es in kaum einem anderen Land so viele Aktionen und Rabattschlachten gebe wie in der Schweiz. Das habe mit der Hochpreisinsel

Schweiz zu tun: Hierzulande seien die Preise schon sehr hoch. Besser für die Konsumentinnen und Konsumenten wäre es aber, wenn das Preisniveau für importierte Produkte generell deutlich tiefer wäre und es dafür weniger Aktionen geben würde.

Abschaffung der Rabattschlachten gefordert

Der Black Friday – der bei vielen Händlern zu einer «Black Week» mutiert ist – sei vor allem darum ein Erfolg, weil «extrem gutes Marketing, eine geballte Ladung an sogenannten Aktionen und ein Hype um diesen Tag zusammenspielen». Firmen würden diesen Hype befeuern. Mittlerweile könnten sie sich dem kaum mehr entziehen, da die Kunden auf diesen Tag warten, um ihre Einkäufe zu tätigen. «Die Geister, die sie riefen, werden sie nun kaum wieder los.»

Der Kundschaft empfiehlt Stalder: «Bereiten Sie sich mit einer klassischen Einkaufsliste vor. Finden Sie ein Schnäppchen, das Sie nicht auf Ihrer Wunschliste haben, dann behal-

ten Sie einen kühlen Kopf, atmen Sie durch und fragen Sie sich: «Brauche ich das wirklich?» Denn alles, was man auf Vorrat kaufe, schade dem Portemonnaie und der Umwelt. Falls man etwas Bestimmtes kaufen wolle, solle man den Preis bereits Wochen vorher beobachten und prüfen, ob es tatsächlich eine Preisreduktion gebe.

Kritik am Detailhandel übt Barbara Wegmann, zuständig für das Thema «Zero Waste» bei Greenpeace Schweiz. Sie könne es nicht nachvollziehen, dass sich Unternehmen am Black-Friday-Hype beteiligten: «Sie heizen mit solchen Aktionen die Wegwerfmentalität in der Gesellschaft weiter an.» Überkonsum schade dem Klima, der Biodiversität und gehe oft mit sozialer Ausbeutung einher. «Detailhändler widersprechen ihren Nachhaltigkeitsversprechen damit diametral.»

Die Entwicklungsorganisation Solidar Suisse fordert mit einer Petition sogar die Abschaffung des Black Friday. Sol-

che Rabattschlachten würden den unverhältnismässigen und unüberlegten Überkonsum fördern, heisst es in einer Mittei-

lung. Denn die Tiefpreise an Black Friday würden auch zu Lasten von fairen und existenzsichernden Löhnen für Millio-

nen arbeitende Menschen in armen Weltregionen gehen.

Jolanda Riedener

ANZEIGE

Luzerner Kantonalbank

«Nestor hat tiefgreifende Fragen gestellt. Es waren genau die richtigen.»

Für gute Nachfolge-Lösungen braucht es einen guten Sparringpartner. Jetzt beraten lassen. lukb.ch/nachfolge

Nestor Reist, Kundenberater, im Gespräch mit Andreas Marti und Xander Seiler, RMB Group